ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Moser, Carsten R.

Article — Digitized Version

Die Tragödie in Bengalen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Moser, Carsten R. (1971) : Die Tragödie in Bengalen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 7, pp. 338-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134281

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

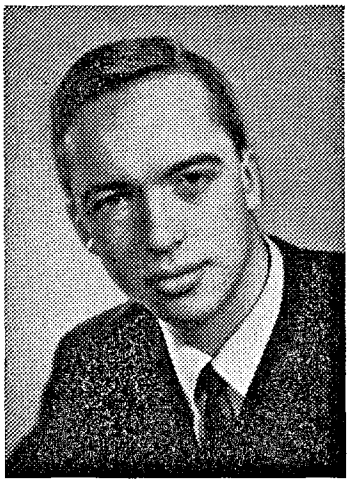
Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft



Carsten R. Moser

Die Tragödie in Bengalen

Man möchte die folgende Nachricht kaum glauben: Der Bundestag hat beschlossen, zwei Parlamentarier nach Indien zu schicken, damit sie sich an Ort und Stelle über das Ausmaß der Katastrophe in und um Kalkutta informieren können. Diese Nachricht wird so verbreitet, als ob die Tragödie im Gangesdelta erst seit gestern bekannt ist. Dabei wird Bengalen für alle sichtbar seit fast einem Jahr von einer Katastrophe nach der anderen heimgesucht.

Im August letzten Jahres war es eine Überschwemmung fast unbeschreiblichen Ausmaßes; ihr folgte der stärkste Wirbelsturm aller Zeiten. Und im März 1971 gab Westpakistan seine blutige Antwort auf die Ausrufung der Unabhängigkeit des Staates Bangha Desh durch die Awami-Liga, die in den Wahlen vom Dezember einen überwältigenden Erfolg erzielt hatte.

Das barbarische Vorgehen Yahya Khans gegenüber der bengalischen Bevölkerung löste eine Flüchtlingswelle unfaßbaren Ausmaßes in Richtung Indien aus. Nach UN-Schätzungen sind bisher weit über 6 Mill. Menschen über die Grenze zwischen Ost- und Westbengalen geflüchtet – in ein Gebiet, das zu den ärmsten der Welt gehört –, nur von dem Wunsch besessen, das nackte Leben zu retten. Aber die lange vorhersehbare und mit dem Beginn des Monsuns ausbrechende Cholera-Epidemie kann auch das noch verhindern. Vorsichtige Schätzungen geben die Anzahl der Toten mit 500 000, andere bereits mit über 1 Mill. Menschen an.

Das Tragische ist, daß sich das Ganze vor den Augen der Öffentlichkeit abspielen konnte. Täglich liefern Presse, Rundfunk und Fernsehen neue Elendsberichte und -bilder aus dem Katastrophengebiet. Aber die Reaktion der Welt und der Bundesrepublik war beschämend. Die Bundesregierung hat ganze 6 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Wir Bundesbürger regen uns über Ostpakistan kaum auf: keine Protestaktionen gegen das von der westpakistanischen Regierung verübte Massaker; keine Empörung über die bisher unterlassene Hilfeleistung der Bundesregierung. Sind die Bundesbürger tatsächlich schon so egozentrisch und abgestumpft, daß sie nicht mehr willens und in der Lage sind, ihre Stimme gegen das zum Himmel schreiende Elend zu erheben?

Sie sind zumindest in guter Gesellschaft mit der restlichen sog. „zivilisierten" Welt. Zwar haben Regierungen und nichtstaatliche Organisationen bisher 250 Mill. DM gespendet. Experten schätzen jedoch, daß allein zur Versorgung der Flüchtlinge mit Nahrung, Medikamenten und Unterkünften während der nächsten sechs Monate mindestens 1 Mrd. DM benötigt wird. Wieviel mehr Mittel müßten bereitgestellt werden, wenn der den Bengalis drohende Hungertod abgewehrt werden soll!

Daß die wohlhabenden Länder den Hauptanteil der Mittel aufbringen müssen, sollte eigentlich außer Zweifel stehen. Unverständlich ist deshalb die Entscheidung des IWF, einen beantragten Kredit in Höhe von 180 Mill. DM nicht zu gewähren. Unbegreiflich ist weiterhin der Beschluß der Mitgliedsländer des Konsortiums, von dem Pakistan finanziell abhängig ist, ihre zugesagte Entwicklungshilfe zurückzustellen. Wollen die verantwortlichen Gremien nicht einsehen, daß sie mit der Verweigerung von Mitteln nicht der Regierung in Karatschi schaden, sondern das Todesurteil für Millionen von Menschen unterschreiben?

Für die Bundesregierung besteht heute mehr denn je die Notwendigkeit, sofortige Maßnahmen zu verabschieden. Informationsreisen von Mitgliedern des Bundestages wären vor Monaten angebracht gewesen. Heute dienen sie nur einer weiteren Verzögerung. Das Gebot der Stunde heißt Erhöhung der finanziellen Hilfsmittel. Die Bundesregierung täte gut daran, ihre Entscheidung über die Streichung der geplanten zusätzlichen Hilfe von 30 Mill. DM zu revidieren. Und sie täte weiterhin gut daran, über folgendes nachzudenken: Der Entwicklungshilfe wird häufig der Vorwurf gemacht, die falsche Seite zu unterstützen. In Ostpakistan hätte man Gelegenheit gehabt, eine frei gewählte Regierung zu unterstützen und ein Votum für das Selbstbestimmungsrecht der Völker abzugeben. Das aber wurde versäumt.